

Fällt das Atomstaats-Monument?

Veba-Chef von Bennigsen-Foerder will Brennstäbe aus den Kernkraftwerken des Konzerns zukünftig im französischen La Hague aufarbeiten lassen. Bleibt es dabei, ist die deut-

sche Anlage im oberpfälzischen Wackersdorf nicht zu halten, das Konzept der nationalen Entsorgung wäre gescheitert. Bonn steht vor der Pleite seiner Atompolitik.

Eduard Ackermann, Helmut Kohls Vertrauter, wollte es genau wissen. Ob der Kanzler dem CSU-Chef Theo Waigel wirklich zugesagt habe, die Wiederaufarbeitungsanlage im oberpfälzischen Wackersdorf werde zu Ende gebaut, fragte er Kohl. Von einer solchen Festlegung könne keine Rede sein, beruhigte der Regierungschef am Donnerstag morgen vergangener Woche seinen Ackermann.

Wenige Stunden später, in der Bundespressekonferenz über Kabinettsköpfe, verweigerte der Kanzler auf die Frage nach seiner Standorttreue die Antwort. Man müsse erst „mit großer Sorgfalt alles klären“; es gebe keine Wackersdorf-Bedingung des Kollegen Waigel, „das ist eine reine Erfindung“.

Kaum waren diese goldenen Kohl-Worte über die Agentur-Ticker gelaufen, da meldete sich voller Zorn der bayrische Landesvater Max Streibl in Bonn. Die lasche Haltung des Kanzlers sei ihm völlig unverständlich, telexte Streibl ins Kanzleramt. „Sofort und eindeutig“ solle Kohl erklären, verlangte der Bayer, daß die Bundesregierung uneingeschränkt hinter der bayrischen Atomfabrik stehe. Streibl: „Die bayrische Staatsregierung erwartet eine unverzügliche Richtlinienentscheidung des Bundeskanzlers.“

Am Freitag morgen schließlich trommelte der noch amtierende Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble die betroffenen Fachminister zusammen. Streibl hatte seinen Umweltminister Alfred Dick nach Bonn beordert, für die FDP war der Vorsitzende Otto Graf Lambsdorff dabei.

Weisungsgemäß beschloß die Runde, nach wie vor halte die Bundesregierung eine Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf „für notwendig“ – ganz, als ob ein paar Minister in Bonn auf Dauer gegen den Willen der Bürger und der Ma-

nager eine überflüssige Investition erzwingen könnten.

Aus für Wackersdorf? Oder, gegen alle Vernunft, ein verbissener Weiterbau?

Das umstrittene Atomprojekt im abgelegenen Südosten der Bundesrepublik steht urplötzlich zur Disposition. In Wackersdorf – wie Kalkar, Gorleben

Mit Bennigsen's Aktion ist die Atompleite der bundesdeutschen Nuklearge-meinde dokumentiert. Die Träume von der unerschöpflichen Energiequelle sind ausgeträumt.

Der Industrieverzicht auf die Technik der Wiederaufarbeitung im eigenen Land bedeutet: Dreißig Jahre staatlicher



Baustelle Wackersdorf: Die hochgespannten Atom-Pläne sind zerstoßen

und Brokdorf zum Symbol des Atomstaats geworden – könnte die bundesdeutsche Anti-Atom-Bewegung ihren größten Erfolg verbuchen.

Rudolf von Bennigsen-Foerder hätte dann die entscheidende Vorarbeit geleistet. Ohne jede Vorbereitung hatte der Chef des Chemie-, Öl-, Handels- und Stromkonzerns Veba die gegen ihren Untergang anstempelnde Kohl-Koalition mit einer Atomentscheidung geschockt.

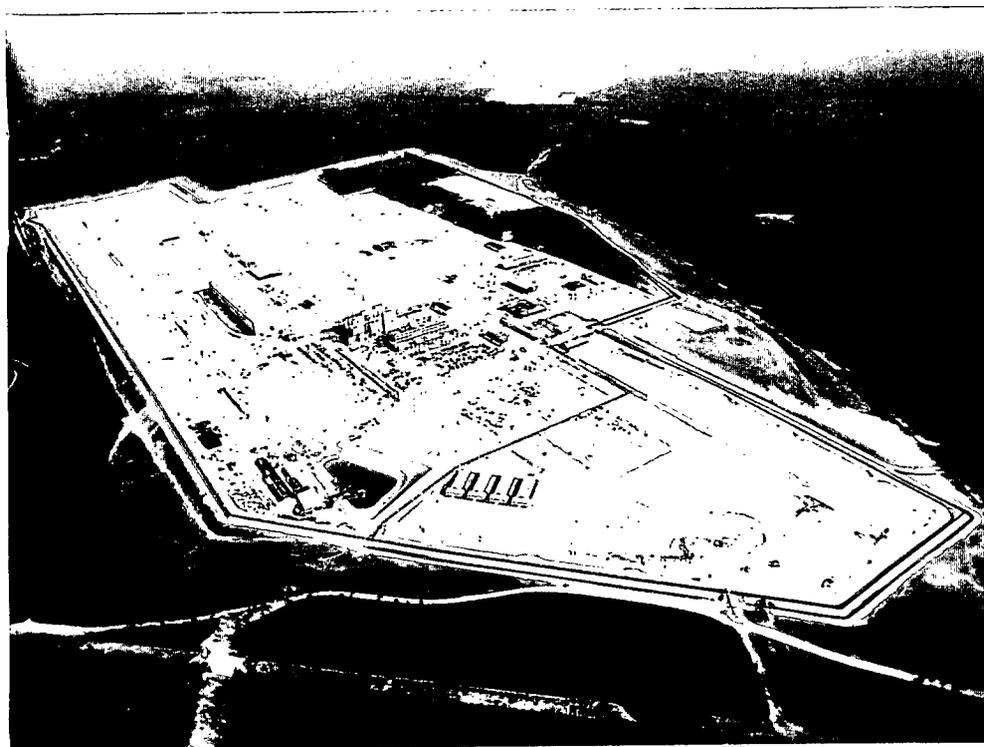
Seine Veba will von 1999 an Brennstäbe aus den Atomkraftwerken des Konzerns (siehe Graphik Seite 29) in der Anlage des französischen Staatskonzerns Cogema in La Hague am Ärmelkanal wiederaufarbeiten lassen. Da die Veba-Kraftwerke zu den Großkunden von Wackersdorf gehören sollten, würde dies das Aus für die Anlage in der Oberpfalz bedeuten.

Förderung haben nicht viel gebracht, rund 30 Milliarden Mark wurden ohne Nutzen verausgabt. In der Bundesrepublik wird es weder in diesem noch in den ersten Jahrzehnten des nächsten Jahrtausends Brüter-Parks und Hochtemperaturmeiler en masse geben.

Sie werden niemals gebaut, jene 50 oder 60 Leichtwasserreaktoren, von denen die Atomingenieure und die Energiepolitiker der etablierten Parteien in den Siebzigern phantasierten.

Der Rohbauauftrag für das letzte normale Leichtwasser-Kernkraftwerk, das von Neckarwestheim II, wurde 1983 vergeben. Derzeit bestehen keine Pläne für neue Atommeiler.

Bürgerprotest und ökonomische Zwänge ließen die abgehobenen Atompläne auf die aus der Sicht der Nuklearpioniere banale Realität von zwei Dutzend Reaktoren mit einer Leistung von



Wiederaufarbeitungs-Gelände in Wackersdorf: Milliarden ohne Nutzen verausgabt

rund 23 000 Megawatt zusammenschurren – zuwenig für eine eigene Wiederaufarbeitung im Wert von neun, zehn oder gar zwölf Milliarden Mark.

Von Bennigsen-Foerder hatte die Atompolitiker schon vor Monaten aufgeklärt. „Die Kernenergie“, so die Erkenntnis des Veba-Managers, „ist keine Dauerlösung.“

Überdeutlich wird nun, daß die Kohl-Regierung ohne jedes Konzept in der Energiepolitik dasteht. Die Minister wissen nicht, welche Zukunft sie den Kumpeleisern versprechen können; sie sind sich nicht einig über ihren Beitrag im Kampf gegen Ozonloch und Treibhauseffekt; unter Energiesparen versteht jeder der in Bonn Regierenden etwas anderes.

Seit der vorigen Woche nun fühlen sich die christliberalen Macher nicht mehr nur von der stetig wachsenden Schar der Nukleargegner bedroht. Ihnen fielen, so empfinden es Kohl und seine Atomfreunde in Bonn und München, auch noch jene Manager aus der Strombranche in den Rücken, die der Politik doch so viel zu verdanken haben.

Die erste Reaktion auf die Atompleite in Bonn bestand im Wegtauchen. Kein Minister wagte es, sich öffentlich festzulegen. Jetzt nur kein falsches Wort, lautete die Parole.

In München, von wo aus seit sieben Jahren die Polizeieinsätze gegen die Wackersdorf-Protestanten befehligt werden, legte man sich keine Zurückhaltung auf. Nach Streibl meldete sich der bayrische Wirtschaftsminister August Lang. „Eine Riesensauerei“, schimpfte der über Bennigsen; alle Anstrengungen, Wackersdorf gegen Demonstranten und Anrainer durchzusetzen, seien nun „für

die Katz“ gewesen. Lang: „Wir Oberpfälzer stehen als die Blöden da.“

Wenn keine Wiederaufarbeitung komme, dann müsse die Industrie Entschädigung zahlen, drohte der Enttäuschte. Eine andere Nutzung des Geländes im Taxölderner Forst, etwa als Zwischenlager für Brennelemente, so Lang, „wird am Widerstand der Oberpfälzer scheitern“. Vereint mit den bislang verachteten WAA-Gegnern ist der sich neu formierende bayrische Landsturm gewiß unschlagbar.

Das nukleare Beben hatte sich für Kundige bereits vor Wochen angekündigt. Auf einem Atomkongreß in München Ende Februar hatte Rudolf von Bennigsen-Foerder erstmals vor auserwählten Zuhörern dunkle Andeutungen über eine französische Alternative zur umkämpften Wiederaufarbeitung in der Bundesrepublik gemacht. Seither rätselte die eingeeigelte Nukleargemeinde, was der Veba-Herr mit seinen Orakelsprüchen wohl gemeint habe.

In der vorvorigen Woche teilte der Industrielle den Bonner Partnern und den Münchner Regenten seine dramatischen Pläne schließlich in kargen Worten mit. Die Veba und die französische Staatsfirma Cogema seien am 3. April in einem „Memorandum of Understanding“ übereingekommen, gemeinsame Sache zu machen.

Der Vorvertrag, der beide Parteien ein Jahr bindet, sieht vor:

- ▷ Vom Jahr 1999 an kann die Veba jährlich 400 Tonnen abgebrannter Brennelemente in La Hague wiederaufarbeiten lassen;
- ▷ das Unternehmen hat zudem eine Option, diese Menge um weitere 200 Tonnen aufzustocken.

Die Brennelemente aus deutschen Nuklearstromfabriken würden dann den zweiten Strang der Cogema-Fabrik am Ärmelkanal, UP 3 genannt, weitgehend auslasten. Wenn alles klappt, will die Veba sich im Gegenzug mit 49 Prozent an diesem Teil der Wiederaufarbeitungs-fabrik beteiligen.

Die Brisanz der Vereinbarung liegt in der großen Kapazität von 600 Tonnen pro Jahr, die der Veba in La Hague zugestanden werden. Die umkämpfte Wackersdorfer Anlage soll, wenn sie 1998 tatsächlich funktioniert, rund 500 Tonnen schaffen, die bundesdeutschen Atommeiler stoßen jährlich 530 Tonnen aus. Eine der beiden Wiederaufarbeitungs-fabriken, entweder die in Wackersdorf oder die in La Hague, wäre also überflüssig.

Der Mehrzahl der Elektrizitätsunternehmen in der Bundesrepublik liegt, entgegen den öffentlichen Bekundungen, schon lange nichts mehr an Wackersdorf. Diese Strommanager sind nicht bereit, milliardenteure Überkapazitäten zu finanzieren, um ihrem Kanzler eine schmerzliche Entscheidung zu ersparen. Und Bennigsen, das erläuter-



Atom-Manager von Bennigsen-Foerder
„Die Kernenergie ist keine Dauerlösung“

ten die Fachbeamten ihren Ministern als erstes, hat seinen Vorstoß gewiß nicht ohne Absprache mit den Kollegen aus den anderen Unternehmen gemacht.

In einem Brief an den Bayern Streibl enthüllte der Veba-Chef ein gewichtiges Motiv für den Sinneswandel der Industrie. Es gebe in seinen Kreisen eine

„Ernüchterung und gesunde Skepsis“

Wackersdorf nach der Entscheidung des Veba-Konzerns

Der Bauer Johann Hauser aus Altschwand bei Wackersdorf macht am Donnerstag vergangener Woche bei strahlendem Sonnenschein Brennholz. Denn sicher ist für ihn nur: Der nächste Winter kommt bestimmt.

Die Nachricht vom möglichen Aus für die Wiederaufarbeitungsanlage, die ein paar hundert Meter von seinem Hof entfernt entsteht, hat er wohl vernommen. Doch bedächtig schichtet er seine hölzernen Brennelemente weiter auf und meint: „Man kann es nicht glauben.“

Der Oberpfälzer traut schon lange nicht mehr den Worten der Politiker, Beamten und Medien. Er gehört zu den wenigen Einheimischen, die nicht nur am Stammtisch über die Herren in München und Bonn granteln. Im Hintergebäude seines Hofes hat er dem „Info-Büro“ der radikalen WAA-Gegner einen Raum überlassen und auch sonst aktiv am Widerstand gegen den WAA-Bau teilgenommen. Polizei und Staatsschutz observieren den Hof als mutmaßliches Widerstandsnest.

Doch die Aussicht, daß der lange Kampf nun vielleicht zum Sieg der WAA-Gegner führt, entlockt Bauer Hauser nur noch ein müdes Lächeln: „Da könn' ma von Glück sagen.“ Wenn's denn tatsächlich so kommen sollte.

Der ersten Freude über die Meldung des Fernsehens vom Vorabend ist auch bei den Widerständlern des „Ermittlungsausschusses Altschwand“ die „Ernüchterung und gesunde Skepsis“ gefolgt. Die Herren der Energiekonzerne, sagt einer vom Ausschuß, haben wohl eingesehen, „die Region können sie nicht befrieden“.

Noch geht auf der Baustelle im Taöldener Forst alles seinen gewohnten Gang. Der Weg an dem monströsen Betonwall mit Stahlgittern und Stacheldraht, der das Gelände wie ein Konzentrationslager umgibt, dient

Neugierigen und Wanderern als Promenade zum Frühlingsspaziergang. Der aufdringlich unauffällige Audi einer Zivilstreife, der langsam das Gelände umrundet, allerdings zeigt, daß der Staat dem friedlichen Schein nicht traut.

Ein paar Kilometer abseits des umstrittenen WAA-Geländes ist gerade das erste Bauwerk der Betreiber-Gesellschaft DWK-Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf (DWW) fertig geworden, eine Lehrwerkstätte

zeugend gewirkt haben. „Jetzt weiß ich“, sagt Betriebsrat Kumeth, „warum der die ganze Zeit so bedrückt war.“

Die Stimmung der Belegschaft nach der Versammlung schildert der Arbeitnehmervertreter wie nach einem plötzlichen Todesfall: „betroffen, aber gefaßt“.

Unter den Einheimischen, die in der Mehrheit die WAA ablehnen, stehen die Beschäftigten der DWK ohnehin im Ruch der Verräter. Nun füh-



Gewalt-Aktionen in Wackersdorf (1986): „Man kann es nicht glauben“

für die 120 Auszubildenden der künftigen Atomfabrik.

Doch Helmuth Kumeth, der Betriebsratsvorsitzende der Wackersdorfer DWK-Filiale, hat überhaupt keine Freude mehr an dem eindrucksvollen Millionen-Objekt aus Glas und Holz. Für ihn stehen die Chancen, daß seine Schützlinge je in einer fertigen Wiederaufarbeitungsanlage tätig werden, allenfalls noch „fifty-fifty“.

Am Donnerstag morgen hatte DWW-Chef Walter Weinländer seine 250 Mitarbeiter eilig in der neuen Kantine zusammengerufen und Zuversicht verbreitet: „Die Anlage wird gebaut.“

Dabei wußte der WAA-Boß schon seit drei Wochen von der Entscheidung des Veba-Konzerns, nach Frankreich fremdzugehen. Sein offizieller Optimismus muß nicht gerade über-

len sie sich, klagt Kumeth, auch von ihren politischen Protektoren „im Regen stehengelassen“.

Der Schritt der Veba, da ist der Betriebsrat ganz sicher, ist kein Alleingang. „Die haben sich“, sagt CSU-Mitglied Kumeth, „mit dem einen oder anderen besprochen.“

Das Schlimmste für den überzeugten Wiederaufarbeiter-Führer ist denn auch der Verräter in den eigenen Reihen: Veba-Chef Rudolf von Bennigsen-Foerder, der „Menschenverächter“.

Jahrelang haben die DWW-Leute wacker vor Ort gegen die falsche Front gekämpft – die Bürgerinitiativen und ihre Sympathisanten in den Dörfern. Und nun, klagt Kumeth im Zorn, wird das Projekt womöglich „nicht von außen, sondern von innen gekippt“.

weitverbreitete „Besorgnis, daß das Projekt Wackersdorf wesentlich mehr Zeit und Geld kostet, als die Elektrizitätsversorgungsunternehmen eingeplant haben“.

Ursprünglich sollte die bayrische Wiederaufarbeitungsanlage die Industrie einmal 5,5 Milliarden Mark kosten. Offiziell liegt die Marke inzwischen bei acht Milliarden. Gegenüber Forschungsminister Heinz Riesenhuber erhöhte Bennigsen in der vorvorigen Woche auf neun, realistisch ist eine Summe weit über zehn Milliarden.

Der Deal mit der Cogema aber, lockte die Veba, erspare der Industrie im Verhältnis zu Wackersdorf für die gleiche Leistung zwei Drittel der Kosten.

In einem SPIEGEL-Gespräch (siehe Seite 28) nennt Bennigsen noch ein anderes, edleres Motiv. Er sehe, so sagt er, „die Chance, die heißgelaufene Diskussion über die Kernenergie in der Bundesrepublik zu entlasten“.

Die Entschlossenheit, mit der die Regierenden am Konzept der Wiederaufarbeitung und damit an Wackersdorf festgehalten haben, hat zweifellos in den letzten Jahren den Atomkonflikt verschärft.

Die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennstäbe aus Leichtwasserreaktoren war von Beginn an Bestandteil der bundesdeutschen Atompläne. Nachdem der Brennstoff Uran im ersten Durchgang ausgebeutet ist, so die Idee, schneiden Techniker die Brennelemente in einer chemo-nuklearen Fabrik in geschlossenen Zellen auf.

Das noch nutzbare Rest-Uran und der Bombenstoff Plutonium werden zurückgewonnen. Der verbleibende strahlende Atommüll, sauberlich getrennt nach hoch- und mittelaktiv, soll dann so hergerichtet werden, daß er für Jahrtausende im Gorlebener Salzstock, dem Endlager, abgeschlossen von der Lebenssphäre vor sich hin strahlen kann.

Das sogenannte Verwertungsgebot, also die Pflicht, noch nutzbare Rohstoffe mit Hilfe der teuren Wiederaufarbeitung zurückzugewinnen, ist sogar im Atomgesetz verankert. Die Industrie hatte nichts dagegen, daß diese Auflage ins Gesetz genommen wurde. Warum auch – die überzeugten Atomfreunde waren fest entschlossen, die Deutschen nicht nur mit Leichtwasserreaktoren, sondern auch mit Schnellen Brütern zu beglücken.

In diesen Wundermaschinen wollten die Physiker das bei der Wiederaufarbeitung gewonnene hochgiftige Plutonium zur Stromproduktion nutzen. Ein aufeinander abgestimmtes System von Leichtwasserreaktoren und Brütern würde eine 60fach stärkere Ausbeutung des Natururans erlauben, hieß es zukunfts-optimistisch. Diese Vision von der schier unerschöpflichen Energiequelle Atom relativierte die Milliarden-Kosten für die Wiederaufarbeitung fast zur Nebensächlichkeit.

Die Stromunternehmen ließen sich zunächst mit dem Projekt Zeit, es fehlten ja die Brüter. Doch in den siebziger Jahren, der Atomprotest wuchs zur Volksbewegung, schallte den Nuklearpolitikern in jeder Versammlung der Vorwurf entgegen, sie seien mit ihrem Atomflugzeug gestartet, ohne eine Landebahn zu haben. Jährlich wachse der Berg des Atommülls, doch weder Wiederaufarbeitung noch Endlager käme voran.

Unter diesem Druck beschlossen 1979 der Innenminister Gerhart Baum (FDP) und sein Staatssekretär Günter Hartkopf, die Industrie zum Handeln zu zwingen. Sie koppelten Errichtungs- und Betriebsgenehmigungen für Leichtwasserreaktoren an einen Entsorgungsnachweis. Die Kraftwerksbetreiber



Wackersdorf-Befürworter Lang
„Eine Riesensauerei“

mußten für jedes Brennelement sechs Jahre im voraus den Verbleib nachweisen und die Müll-Planung jährlich fort-schreiben.

Das erforderte den Bau von Zwischenlagern. Anerkannt wurden als Interimslösung notgedrungen aber auch Dienstleistungsverträge mit der französischen Wiederaufarbeitungsfabrik in La Hague.

Um dennoch Fortschritte bei der Umsetzung des nationalen Konzepts zu erzwingen, verknüpften der damalige Kanzler Helmut Schmidt und die Ministerpräsidenten der Länder die Betriebsgenehmigungen für die profitablen Atommeiler mit einer Bedingung: Es sollte der Nachweis erbracht werden, daß man beim Bau einer deutschen Wiederaufarbeitungsanlage und bei der Erkundung des Endlagers im Gorlebener Salz vorankomme.

Den ersten Stoß erhielt das Konzept, als Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht den Bau einer gigantomanen Wiederaufarbeitungsfabrik mit einer Jahresleistung von 1400 Tonnen im Jahr 1979 zwar für technisch möglich, politisch aber nicht durchsetzbar erklärte.



Wackersdorf-Befürworter Streibl
„Sofort und eindeutig“

Albrecht kapitulierte vor den Bürgerprotesten, die Kraftwerksbetreiber mußten sich einen anderen Standort suchen. Im atomfreundlichen Bayern gelang schließlich nach vielen Querelen 1985 der erste Spatenstich für eine viel bescheidenere Ausgabe mit einer Jahresleistung von etwa 500 Tonnen.

Begleitet von Protestdemonstrationen und Polizeieinsätzen, verpulverten die Bauherren in Wackersdorf für Rodung, Bauzaun, Baugrube und Beton inzwischen 2,3 Milliarden Mark.

Wohl war den Männern vom Strom nicht dabei: Das Bauwerk wurde von Jahr zu Jahr teurer. Zugleich sanken die Chancen, die Investitionen irgendwann wieder hereinzuholen, auf Null. Denn der Preis für den Rohstoff der Brennelemente, Natururan, ging entgegen den Erwartungen nach unten; weltweit entdeckten die Prospektoren immer neue Vorräte.

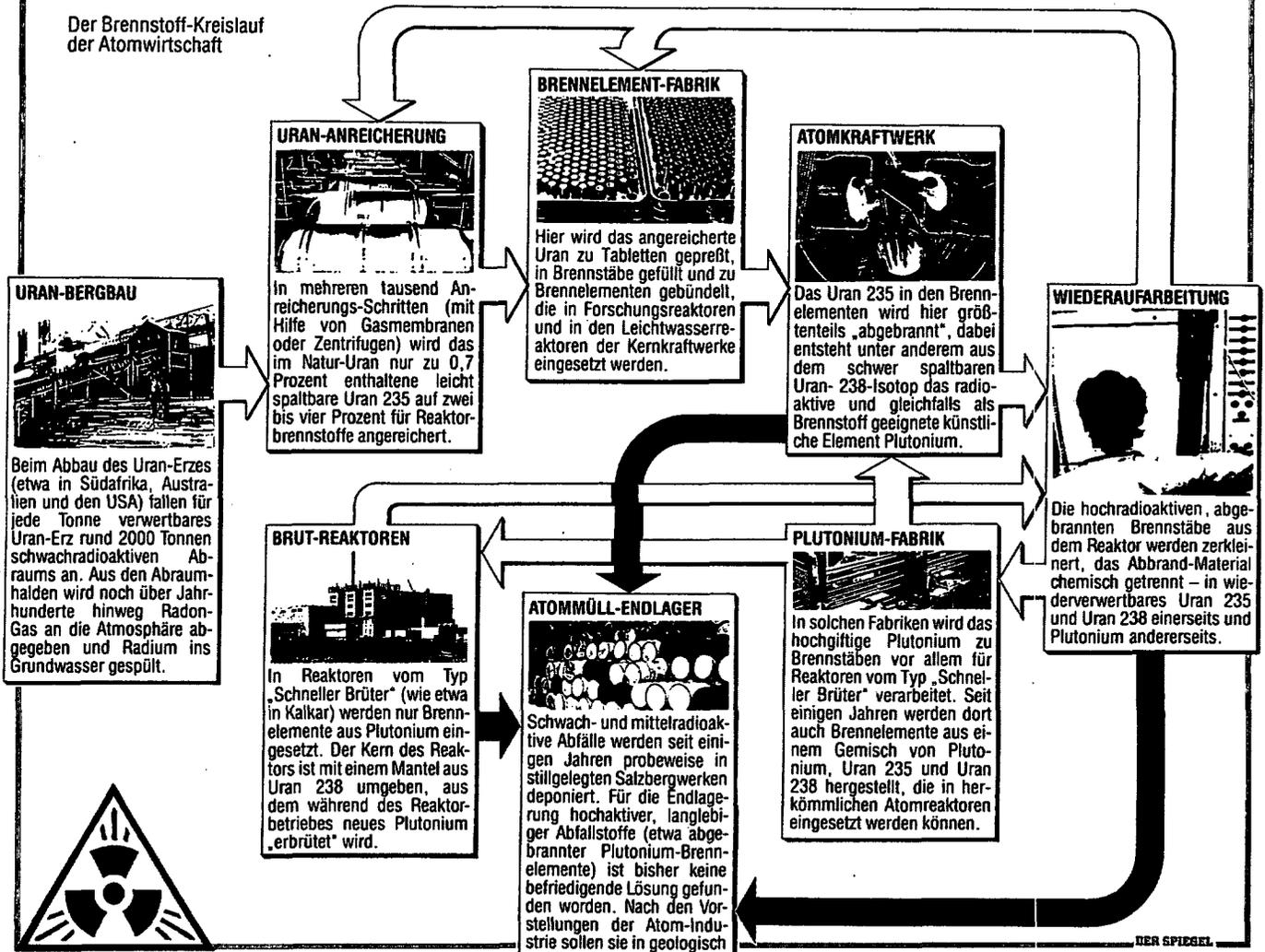
Die Verwendung von zurückgewonnenem Uran aus abgebrannten Brennelementen erwies sich deshalb als wirtschaftlich unsinnig. Der Recycling-Stoff kam mehrfach teurer als Natururan auf dem Weltmarkt.

Noch schlimmer: Das bomben-trächtige Plutonium, das nach der Wiederaufarbeitung aus La Hague zurückfließt und das später auch in Wackersdorf produziert würde, ist längst kein Quell des Wohlstands mehr. Der einzige in Bau befindliche Schnelle Brüter, das Monstrum von Kalkar, kostet inzwischen über sieben Milliarden Mark. Nur mit den Steuermillionen des Forschungsministers Riesenhuber wird das Projekt künstlich bis nach der Bundestagswahl im nächsten Jahr am Leben gehalten.

Die Industrie hat schon längst den Spaß am Brüter verloren. Kommerzielle Reaktoren der zweiten Generation, die das teuer gewonnene, gefährliche Plutonium in nutzbare Energie umwandeln könnten, wird es in den nächsten 50 Jahren gewiß nicht geben. Das mußten in-

STATIONEN DES ATOMAREN TEUFELSKREISES

Der Brennstoff-Kreislauf der Atomwirtschaft



DER SPIEGEL

zwischen selbst die gläubigsten Brüter-Fans einsehen.

Zudem liegt seit einigen Jahren ein reizvolles Alternativkonzept zur Wiederaufarbeitung vor. Die Bundesregierung selbst hat eingestanden, langjähriges Zwischenlagern der Brennelemente in Spezialkapseln und anschließende direkte Endlagerung im Salz, ohne Wiederaufarbeitung, seien genauso sicher wie die Endlagerung nach Wiederaufarbeitung.

In Gorleben plant die Industrie bereits eine Pilotanlage, in der die vollständigen, unaufgeschnittenen Brennelemente für die direkte Versenkung im Salzstock vorbereitet werden. Im Jahr 2000 wird diese Technik mit hoher Wahrscheinlichkeit einsatzfähig sein. Ihr besonderer Charme: Die direkte Endlagerung ist rund 40 Prozent billiger als Endlagerung mit Wiederaufarbeitung.

Doch die Industrie saß in der Falle. Weil das Atomgesetz die „Verwertung“ des Abfalls vorschreibt, konnte sie nicht auf die direkte Endlagerung umschwenken. Und weil der Betrieb ihrer Leichtwasserreaktoren durch die Entsorgungsrichtlinien rechtlich an den Bauort-

schrift in Wackersdorf gekoppelt ist, durften die Stromherren auch von diesem ökonomisch und ökologisch längst unsinnig gewordenen Projekt nicht lassen.

Von Bennigsen hat nun den ersten Befreiungsschlag getan, damit aber zugleich eingestanden, was er schon vor Jahren intern so formuliert hatte: „25 000 Megawatt, ein bißchen mehr oder ein bißchen weniger, das ist die ganze Zukunft der Kernenergie in der Bundesrepublik.“

Die Rechnung des Managers: Für die jetzt installierten 23 000 Megawatt Kernkraft-Leistung ist, wenn der Brüter nicht kommt, die Wiederaufarbeitung ohnehin unsinnig. Eine Änderung des Atomgesetzes ist jedoch im Moment nicht durchsetzbar. Also mußte ein anderer Weg gefunden werden, in Wackersdorf Schluß zu machen.

Das Geschäft mit der Cogema zielt genau darauf ab. Die Wiederaufarbeitungsfabrik UP 3 ist bereits fertig. Bis 1999 sind die Franzosen durch andere Verträge mit Deutschen und durch Ver-

pflichtungen gegenüber Japanern ausgelastet. Doch von da an ist die Veba dran.

Bonn dürfte es schwerfallen, gegen diese deutsch-französische Kooperation anzugehen. Schließlich gehört der Kanzler zu den begeistertsten Propagandisten des europäischen Binnenmarkts.

Um den Veba-Handel möglich zu machen, müßte die Bundesregierung in den geltenden Entsorgungsgrundsätzen eine kleine Änderung vornehmen: Der Reaktorbetrieb dürfte nicht länger an deutsche Wiederaufarbeitung, sondern schlicht an Wiederaufarbeitung gebunden werden. Schon wäre Wackersdorf überflüssig, die deutsche Atomindustrie könnte auf die billigere französische Variante umsteigen.

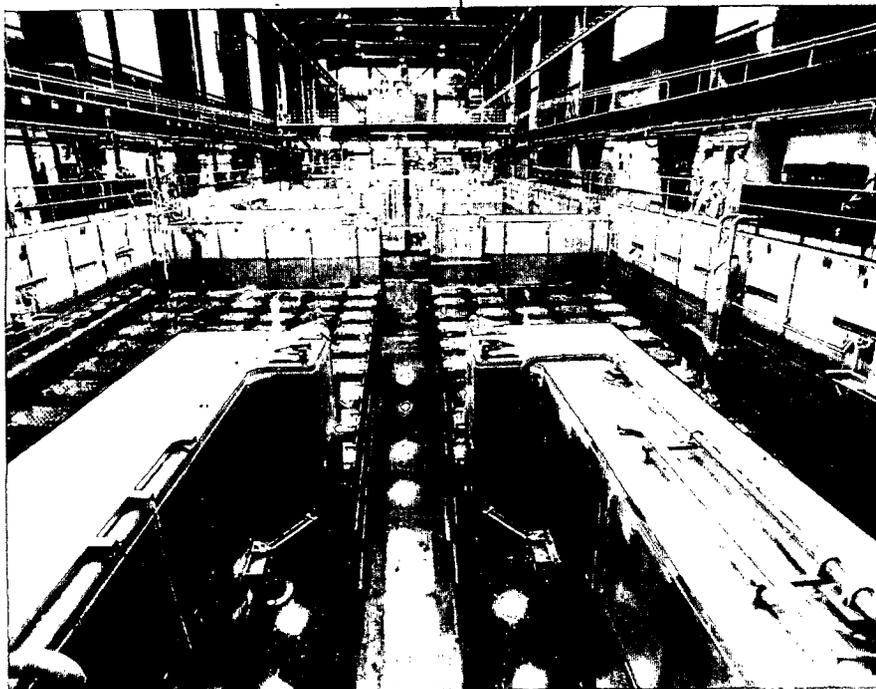
Geschickt garnierte der Veba-Chef sein Angebot mit der Höflichkeitsfloskel, er werde seinen Plan natürlich nur verwirklichen, wenn ein Regierungsabkommen zwischen Bonn und Paris ihn absegne.

Nun sitzen Kohl und seine ratlosen Fachminister in der Zwickmühle. Halten sie weiter mit den düpierten Bayern starr am nationalen Konzept fest, festigen sie ihren Ruf als Nuklearfetischisten. Gegen den Widerstand der Bevölkerung in der

Oberpfalz, gegen die Anti-Atom-Bewegung und gegen den größten Teil der Industrie läßt sich das wohl nicht lange aussitzen.

Außerdem gerät der Kanzler mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand in Streit. Es gilt als sicher, daß Paris die Cogema unterstützt.

Auch rechtlich ist die Position der Durchhalte-Protagonisten schwach. EG-Juristen in mehreren Ministerien haben ihre Chefs gewarnt, eine Monopolisierung der Wiederaufarbeitung in Wackersdorf sei nicht haltbar. Gegen diese Position könnten sowohl die Veba wie auch die Cogema klagen, die Bundesregierung werde damit wahrscheinlich am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg untergehen.



Brennelemente-Lagerung in La Hague: Überkapazitäten im Atomstaat

Andererseits: Entschließt Kohl sich zur nahezu unausweichlichen Frontbedingung, opfert er Wackersdorf nach all den Kämpfen am Bauzaun sang- und klanglos – dann steht er ebenfalls kläglich da.

Vielleicht kann er auf Lob von einigen Einsichtigen in seiner Partei rechnen. Vielleicht überzeugt er sogar manchen von den Vorteilen der atomaren Arbeitsteilung mit französischen Freunden.

Die Atomgegner jedoch kann er mit dieser Beweglichkeit nicht für sich gewinnen. Das Signal, das öffentlich überkommt, heißt: Flucht aus Wackersdorf.

In jedem Fall ein schlechter Start für die runderneuerte Kohl-Regierung, auf jeden Fall ein ungünstiges Omen.

Am meisten bedrückte den Kanzler und seine Helfer denn auch eine Deutung der Bennisen-Motive, auf die ein

Angst mit zehn Jahren Rückstand

Nach La Hague kommt Atommüll aus aller Welt

Zwanzig Kilometer nordwestlich von Cherbourg steht eine riesige, über 300 Hektar große Chemiefabrik. Dort, in der Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe La Hague, werden abgebrannte Brennstäbe aus Frankreich, der Bundesrepublik, Japan, Schweden, Belgien, der Schweiz und den Niederlanden gelagert und wiederaufgearbeitet. Die dabei anfallenden Abwässer und Rückstände werden chemisch behandelt und zum Teil in Wasser-

rials, das überwiegend aus den 53 französischen Reaktoren stammt.

Seit 1982 baut die Cogema, noch immer auf Atomexpansion programmiert, UP 3, eine Wiederaufarbeitungsanlage mit einer Kapazität von 800 Tonnen pro Jahr. Da zugleich UP 2 verdoppelt wird, drohen nun sogar dem Atomstaat Frankreich Überkapazitäten. Um die ohnehin mit der astronomischen Summe von 233 Milliarden Franc (rund 70 Milliarden Mark) hochverschuldete französische Elektrizitätswirtschaft zu entlasten, vermietet die Cogema Verarbeitungskapazitäten an die ausländische Atomindustrie.

Auf die Flut ausländischen Atommülls reagieren nun auch die bisher von Atomängsten unberührten Franzosen allergisch. Das Unbehagen an der Nuklearindustrie, schrieb „Le Monde“, habe „mit zehn Jahren Rückstand auf den Rest der Welt“ jetzt auch die Franzosen erreicht.

Für die neue Angst gibt es gute Gründe. Alle bisher betriebenen Anlagen zur kommerziellen Aufarbeitung von Brennstoffen, sowohl die in den USA, Japan und Großbritannien als auch die in Belgien und im heimischen La Hague, hatten häufig mit Störungen zu kämpfen.

Im April 1980 lebte Frankreich eine Woche lang am Rand einer Katastrophe, als ein Kurzschluß in La Hague einen Brand auslöste. Der Stromausfall stoppte die Ventilation und ließ die Temperaturen im Kühlwasser gefährlich ansteigen. Das Werk mußte geräumt werden.

Damals protestierten nur einige tausend gegen die Atomwirtschaft. Doch mittlerweile haben grüne Atomkraftgegner auch in Frankreich Aufwind. Bei den Kommunalwahlen im vergangenen März schnitten sie überraschend gut ab.

Die leichte radioaktive Verseuchung der Bucht von Mont St. Michel bis hin zur Seine-Mündung, Folge der Ableitung von radioaktivem Wasser aus La Hague ins Meer, verleidet immer mehr Franzosen den Badeurlaub an der Kanalküste. Da auch der Prominenten-Badeort Deauville betroffen ist, mehren sich die atomkritischen Stimmen selbst in der Oberschicht. Die Kritiker befinden sich in guter Gesellschaft. Eine Petition gegen die Wiederaufarbeitung verstrahlter Brennelemente, 1979 verfaßt, trägt auch die Unterschrift des damaligen Oppositionsführers François Mitterrand.

bassins gelagert, um die Umwelt vor den hochgiftigen Materialien zu schützen.

Eigner der Anlage, ohne die viele Länder ihre Atomrückstände nicht los würden, ist die „Compagnie générale des matières nucléaires“ (Cogema). Diese Firma ist der wichtigste Ableger des französischen „Kommissariats für Atomenergie“ (CEA), das Frankreich zum Land mit dem höchsten Atomstromanteil der Welt ausbaute.

La Hague ist die zweite, seit 1966 betriebene Wiederaufarbeitungsanlage Frankreichs. Die erste, UP 1 genannt, entstand 1958 in Marcoule bei Avignon im Süden Frankreichs. Im Werk UP 2 in La Hague behandeln 3000 Arbeiter pro Jahr rund 400 Tonnen verstrahlten Brennmate-

besonders einfühlsamer Berater kam. Der Veba-Chef, so der Beamte in der vorigen Woche, gehe offenbar davon aus, daß nach 1990 eine rot-grüne Koalition ans Ruder komme. Dann sei es mit Wackersdorf ohnehin vorbei. Deshalb Sorge Bennigsen nur vor, wenn er schon jetzt jenseits der Grenze, im Atomland Frankreich, die nötige Kapazität sicherstelle.

Tatsächlich argumentierte Bennigsen intern mit der Ungewißheit der Zukunft. Niemand könne wissen, ob die Branche 1990 oder gar 1994 noch mit einer Regierung rechnen könne, die das fragwürdige Wiederaufarbeitungsvorhaben in Bayern stütze.

Der selbstbewußte Veba-Chef verfolgt mit seinem kalkulierten Alleingang das unternehmerisch verständliche Ziel, den Betrieb der Leichtwasserreaktoren politisch abzusichern. Er will den Einsatz aber auch betriebswirtschaftlich optimal gestalten.

Beiden Zielen dient der Verzicht auf Wackersdorf. Die Wiederaufarbeitung bekommt er billiger; und ein besonderer Stein des Anstoßes, ein stetiger Anlaß zu Demonstrationen und Krawallen ist aus dem Weg geräumt.

Ganz ohne öffentliche Proteste wird La Hague allerdings auch nicht laufen. Dort gab es in den letzten Jahren immer mal Aktionen gegen die Atomfabrik.

Nun dürften die französischen Widerständler Verstärkung aus Bundes-Deutschland erhalten. Die Fabrik, so heißt es bei den Atomkraftgegnern, sei als unsicher bekannt; eine Rückhaltung der umweltschädlichen Edelgase Krypton oder Neon sei, anders als in Wackersdorf geplant, in La Hague nicht vorgesehen.

Dieser Widerstand muß den Strommanagern nicht unbedingt unangenehm sein. Ihnen wäre es sowieso am liebsten, wenn Bonn das Atomgesetz ändern würde und sie ganz auf die lästige und teure Wiederaufarbeitung verzichten könnten.

Bennigsen wäre dann seiner Lieblingslösung sehr nahe: jahrzehntelange oberirdische Zwischenlagerung der Brennelemente und spätere Entscheidung für die direkte Endlagerung. Schneller Brüter und Hochtemperaturreaktor sind für ihn nur noch Kapitel der atomaren Zeitgeschichte.

Jetzt, erst mal, hat der Chef-Manager, stellvertretend für die Politiker, für mehr Klarheit gesorgt. Wackersdorf kippt, die

hochgespannten atomaren Pläne sind zerstoßen. Bonn wurde zum Handeln gezwungen.

Lange genug hat Bundeskanzler Helmut Kohl einfach nicht zur Kenntnis genommen, wie das Atomimperium zerbröckelt, hat er sich an den von seinen ministeriellen Helfern aufgerichteten Potemkinschen Fassaden erfreut.

An diesem Mittwoch wird er, im Gespräch mit Freund Mitterrand, endgültig in die nukleare Wirklichkeit zurückgestoßen. Wackersdorf ist am Ende, auch wenn auf dem Gipfel in Paris noch einmal „hochrangige Arbeitsgruppen“ gebildet werden.

Dann muß der Kanzler dem bayrischen Ministerpräsidenten Max Streibl wohl wieder mal, wie schon am 25. November 1988, einen Brief schreiben. Damals, vor vier Monaten, hatte Kohl erklärt: „Die Bundesregierung hält die Verwirklichung des Projektes Wackersdorf für dringlich.“ Jetzt muß er darlegen, warum das alles nicht mehr wahr ist.

Aber vielleicht läßt sich das ja besser persönlich erledigen – bei einem von Kohl und Streibl schon seit längerem geplanten gemeinsamen Spaziergang am Bauzaun von Wackersdorf.

„Es lag jenseits unserer Vorstellungskraft“

SPIEGEL-Gespräch mit Veba-Chef Rudolf von Bennigsen-Foerder über das mögliche Ende der WAA Wackersdorf

SPIEGEL: Herr von Bennigsen-Foerder, wollen Sie den Kanzler stürzen?

BENNIGSEN: Natürlich nicht.

SPIEGEL: Bundeskanzler Kohl hat, wie viele andere, über Jahre hinweg die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf für unverzichtbar erklärt. Jetzt sagen Sie: Wir brauchen Wackersdorf gar nicht. Der ohnehin angeschlagene Kanzler wirkt noch unglaublicher.

BENNIGSEN: Ihre Ansicht zur Glaubwürdigkeit des Kanzlers teile ich absolut nicht. Im übrigen: Wir, die Veba, machen doch keine Politik. Aber als Energiekonzern sind wir nun mal in einem Bereich tätig, der auch eine weitgehende politische Bedeutung hat. Weil wir das wissen, versuchen wir uns abzustimmen und Dinge nicht zur Unzeit in Gang zu bringen.

SPIEGEL: Also kam Ihre Absage an Wackersdorf genau zur rechten Zeit? Für den Kanzler, der mit seiner Kabinettsbildung beschäftigt war, sicher nicht.

BENNIGSEN: Für den Zeitpunkt der Veröffentlichung unserer Wackersdorf-Pläne ist das Bundespresseamt verantwortlich. Wir haben die Vereinbarungen mit Cogema bereits am 3. April unterschrieben und noch am selben Tag die Bundesregierung und alle Ministerpräsidenten mit Kernkraftwerk-Standorten unterrichtet. Dann passierte zehn Tage lang gar nichts.



Bennigsen (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Ich bin überrascht über das Aufsehen“

SPIEGEL: Weil sich in Bonn kein Mensch für Energiepolitik verantwortlich fühlt? Oder hatte da jemand ein anderes Kalkül?

BENNIGSEN: Das weiß ich nicht. Ich bin schon überrascht über das Aufsehen, das diese Geschichte ausgelöst hat.

SPIEGEL: Das ist schwer zu glauben. Schließlich lassen Sie ein Milliarden-

Projekt platzen, stellen die bedingungslosen Wackersdorf-Verfechter als wirklichkeitsfremde Ideologen hin und beenden die Visionen von der Plutoniumwirtschaft.

BENNIGSEN: Falsch, alles falsch. Es geht um etwas ganz anderes. Wir haben die Chance, die heißgelaufene Diskussion über die Kernenergie in der Bundesrepublik zu entlasten. Wackersdorf ist zu einem Reizpunkt und zu einem Symbol geworden. Wenn wir die jetzt

* Mit Redakteuren Rudolf Wallraf und Dieter Kampe.